Düsseldorf, 8. Oktober 2024

Deutsche Aluminiumallianz

Gemeinsame Erklärung

- von Aluminium Deutschland e.V.,

- der IG Metall,

- der IGBCE,

- des Ministeriums für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten des Landes Sachsen-Anhalt,

- des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen,

- des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland-Pfalz,

- der Behörde für Wirtschaft und Innovation der Freien und Hansestadt Hamburg,

- des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie des Saarlandes.

Für eine wettbewerbsfähige und klimaneutrale Aluminiumindustrie in Deutschland

Deutschland ist das industrielle Kernland Europas. Das hier produzierte und verarbeitete Aluminium hat eine wichtige Schlüsselfunktion für die industrielle Wertschöpfung in Deutschland und Europa. Die Aluminiumindustrie ist ein Roh- und Werkstofflieferant mit zentraler Bedeutung insbesondere für den Verkehrssektor, das Bauwesen, die Verpackungsindustrie, die Elektrotechnik und den Maschinenbau. Ohne Bauteile, die aus Aluminium gefertigt werden, kann die Energie- und Wärmewende nicht gelingen. Die Aluminiumindustrie steht dabei für mehr als 62.000 direkte Beschäftigte mit guten tarifgebundenen, mitbestimmten Arbeitsplätzen. Der deutschlandweite Umsatz lag im Jahr 2022 bei über 27 Mrd. Euro.

Vor diesem Hintergrund ist es das gemeinsame Interesse der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Allianz, den Aluminiumstandort Deutschland mit seinen Beschäftigten zu stärken und eine klimaneutrale Transformation zu fördern. Die unterzeichnenden Bundesländer der Aluminiumallianz, sowie die IG Metall, die IG BCE und Aluminium Deutschland verfolgen dabei folgenden Ziele:

Energie- und Klimaschutzpolitik

Die Energiewende ist eine zentrale gesellschaftliche Herausforderung. Die Aluminium-industrie stellt sich den zentralen Zukunftsaufgaben für Wirtschaft und Gesellschaft und somit selbstverständlich auch dem Klimaschutz.

Die Europäische Union will mit dem „Green Deal“ erreichen, dass Europa bis 2050 treibhausgasneutral wird. Basis hierfür ist das europäische Klimaschutzpaket „Fit for 55“. Mit diesem Beschluss hat die Europäische Kommission ein Legislativpaket vorgelegt, das konkrete Reduktionsziele formuliert und konkrete Reduktionspfade vorgibt. Das Erreichen dieser Klimaschutzziele und den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit zu vereinen, erfordert die ganzheitliche Transformation der Industrie und ein verändertes Wirtschaften mit Energie, Rohstoffen und CO_2. Für das Gelingen der Energie- und Wärmewende spielen Aluminium und seine Produkte eine besonders gewichtige Rolle.

Dabei gilt es, Produktionsverfahren und Produkte zu entwickeln, die dazu beitragen, dass dieser Weg technisch und wirtschaftlich darstellbar ist. Entsprechend muss es einen Transformationspfad zu einer CO_2-armen Industrie geben, den die Partner mit Innovation, Ressourcen und Kreativität unterstützen können. Die Energieversorgung in Deutschland muss hierfür ausreichend, sicher, bezahlbar und CO_2-neutral sein.

Aus Sicht des Industriestandorts Deutschland und vor dem Hintergrund der Herausforderungen des Klimawandels müssen die sozialen, ökologischen und ökonomischen Veränderungen beachtet werden. Es bedarf klarer politischer Rahmenbedingungen, um Richtungssicherheit und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und die notwenigen Investitionen in die Transformation sicherzustellen. Nur durch eine klare Zukunftsperspektive lassen sich Standorte und Arbeitsplätze langfristig sichern.

Auch die Ausweitung der Kreislaufwirtschaft, die maximal mögliche Bereitstellung von Sekundärrohstoffen, sowie mehr Ressourcen- und Energieeffizienz leisten einen wirksamen Beitrag, die CO_2-Emissionen und Strombedarf zu reduzieren und werden vor diesem Hintergrund unterstützt und gefördert.

Die Partner werden Möglichkeiten und Wege erörtern, wie die Aluminiumindustrie durch verstärkte Forschungsanstrengungen wie z. B. die Weiterentwicklung innovativer Technologien bei der Primäraluminiumerzeugung, der Weiterverarbeitung, beim Produkt-Design, bei der zirkulären Materialwirtschaft im Allgemeinen sowie von Sortiertechnologien im Speziellen die Dekarbonisierung ihrer Wirtschaftsaktivitäten vorantreiben kann. Die Transformation der Industrie zur Klimaneutralität wird dabei als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden und bedarf einer aktiven Industriepolitik.

Mitbestimmung

Mitbestimmung und Tarifbindung sind entscheidende Standortfaktoren und tragen zur Sicherung und Stabilität der Industrie bei. Neue Herausforderungen müssen vor diesem Hintergrund gemeinsam bewältigt werden. Zu beachten sind dabei stets die gemeinsamen Interessen von Aluminiumunternehmen und deren Belegschaften. Außerdem gilt es, den wirtschaftlichen Erfolg und die Arbeitsplätze für die Zukunft zu sichern. Transformation der Industrie und Digitalisierung der Arbeitswelt erfordern neue Strategien für soziale Sicherungssysteme und für die Mitbestimmung. Sozialpartnerschaftliche Lösungen bleiben von zentraler Bedeutung, um Chancen, Herausforderungen und Risiken des digitalen Wandels aktiv mitzugestalten.

Gesellschaftlicher Diskurs

Akzeptanz ist unabdingbar für den nachhaltigen Umbau der Industrie. Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner stehen ein für weitere Zukunftsinvestitionen in die Aluminiumindustrie. Sie wollen die Unternehmen unterstützen und für Akzeptanz in der Bevölkerung werben. Dabei kommt es darauf an, die Argumente kritischer Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen, frühzeitig umfassend zu informieren und in einer offenen Diskussion nach fairen Lösungen zu suchen. Produkte und Technologien der Industrie gründen sich auf ein breites Verständnis in der Bevölkerung. Sie tragen zur Lösung der gesellschaftlichen Herausforderungen bei.

Gemeinsames Vorgehen

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner vereinbaren, Formate und Projekte im Sinne dieser Erklärung zu entwickeln. Dazu zählen insbesondere gemeinsame Veranstaltungen und Arbeitstreffen, die einen fachlichen Austausch ermöglichen. Ein zentraler Bestandteil ist dabei der Dialog mit Politik, Gesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Verbänden.

Fazit

Die Aluminiumindustrie in Deutschland ist mit ihren Produkten technologisch und qualitativ gut aufgestellt. Die Beschäftigten verfügen über ein hohes Qualifikationsniveau und die Forschung und Entwicklung steht weltweit mit an der Spitze. Zudem übernimmt die Aluminiumindustrie mit ihren Ausbildungsaktivitäten und dem Sicherstellen von Arbeitsplätzen soziale Verantwortung für die nachfolgende Generation.

Sie ist die Werkstoffbasis für leistungsstarke, innovative Produkte und Wertschöpfungsnetzwerke. Dabei bekennt sie sich zu ihrer klimapolitischen Verantwortung und dem weiteren Ausbau von nachhaltigen Produktionsprozessen. Sie steht im direkten Wettbewerb mit internationalen Unternehmen, die nicht vergleichbare energie- und umweltpolitischen Vorgaben vorfinden. Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner sind sich darin einig, dass politische und rechtliche Rahmenbedingungen so gesetzt werden müssen, dass ein „level-playing-field“ entsteht, so dass klimaschonende Produkte zu konkurrenzfähigen Bedingungen angeboten werden können und um „carbon leakage” zu verhindern. Sie fordern daher mit Nachdruck in Berlin und Brüssel langfristige und verlässliche Rahmenbedingungen für eine starke Aluminiumindustrie. Nur eine wettbewerbsfähige Aluminiumindustrie kann sich substanzerhaltende und zukunftssichernde Investitionen sowie eine nachhaltige Forschung und Entwicklung leisten. Nur so können die hochwertigen Arbeitsplätze in der deutschen Aluminiumindustrie auch in Zukunft gesichert und der Transformationsprozess in Deutschland erfolgreich gestaltet werden.

Sven Schulze
Minister für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten
des Landes Sachsen-Anhalt

Mona Neubaur
Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen

Daniela Schmitt
Ministerin für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
des Landes Rheinland-Pfalz

Dr. Melanie Leonhard
Senatorin für Wirtschaft und Innovation
der Freien und Hansestadt Hamburg

Jürgen Barke
Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie
des Saarlandes

Rob van Gils
Präsident Aluminium Deutschland e.V.

Jürgen Kerner
Zweiter Vorsitzender der IG Metall

Francesco Grioli
Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IGBCE